

Religionen: Brandursache oder Brandbeschleuniger für Konflikte?

Basel/Schweiz, 01.04.2014/APD Am 31. März hat das Bildungszentrum von „mission 21“ in Basel, das internationale Missionswerk der evangelisch-reformierten Kirche, eine Fachtagung zum Thema „Religiöse Minderheiten in Bedrängnis“ veranstaltet und die Rolle der Religionen in Konflikten sowie friedensfördernde Maßnahmen thematisiert.

Anna-Marie Holenstein, ehemalige Direktorin des Fastenopfers und Leiterin des Projekts „Entwicklung und Religion“ der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA der Schweizer Regierung, ging der Rolle von Religionen in Konflikten nach. Der Mensch könne zwischen Gut und Böse unterscheiden, sei vernunftbegabt aber auch von Instinkten und Trieben geprägt, so Holenstein. Diese Ambivalenz lasse den Menschen gute Dinge für Gutes oder Schlechtes nutzen. Das gelte auch für den religiösen Bereich. Es gäbe religiöse Friedensbewegungen, die sich mit gewaltfreien Methoden gegen Unterdrückung und Machtmissbrauch einsetzten. Wo Religionen aber absolute Wahrheitsansprüche stellten, könnten Anhänger totalitär vereinnahmt werden, was zu Intoleranz und Fanatismus führen könne. „Politische Machtinteressen können ethnokulturelle und religiöse Differenzen politisieren und für ihre Dominanzziele einspannen“, so Holenstein

Als Beispiel nannte sie die aktuelle Katastrophe in der Zentralafrikanischen Republik, wo Machtpolitiker die Bevölkerung aufgewiegelt und das Aufbegehren der verarmten muslimischen Bevölkerung und die Angriffe der Seleka-Rebellen auf christliche Kirchen, in einen religiösen Konflikt umgedeutet hätten. „In der Katastrophe der Zentralafrikanischen Republik war Religion nicht die

Brandursache, sondern sie wurde politisch instrumentalisiert und als Brandbeschleuniger missbraucht“, so die Fachfrau.

Friedensförderung müsse die Vielfältigkeit von Religionen berücksichtigen. Es gäbe DEN Islam genauso wenig, wie DEN Protestantismus. Außerdem müsse jeder Konflikt einzeln angegangen und die Rolle beziehungsweise das Potenzial der beteiligten Religionen bezüglich Eskalation oder Eindämmung genau untersucht werden. „Naiver Goodwill kann neue Probleme schaffen“, so Holenstein. Religion sei nur ein Aspekt, der bei einem Konflikt in Betracht gezogen werden müsse. Soziale, wirtschaftliche, politische, ethnische Fragen und jene der Beziehungen zwischen den Geschlechtern seien ebenso wichtig.

Ob Religionen als Friedensstifter oder Brandursache wirkten, würden von Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit mitbedingt. Es gehe bei der interreligiösen Friedensarbeit immer auch um die Frage, „wie sie zum Aufbau und zur Stärkung staatlicher Strukturen beitragen“ könne, um „Menschen in fragilen Umfeldern ein Leben in Würde“ zu ermöglichen. Das könne durch die Schaffung von Partnerschaften zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und Regierungen erreicht werden.

Herausforderungen für das christlich-muslimische Zusammenleben in Nigeria

Yakubu Joseph, Mitglied der „Church of Bretheren“, einer Friedenskirche in Nigeria, die sich aktiv für Religionsfreiheit einsetzt, zeigte die Herausforderungen des Zusammenlebens zwischen Muslimen und Christen in Nigeria auf. So zögen Nomaden aus dem Norden, meist Muslime, wegen der Versteppung und der wegbrechenden Nahrungsgrundlage für ihre Tiere in die Mitte Nigerias, wo die sesshaften Bauern meist Christen seien. Der dortige Kampf um den knappen Boden und die zunehmende Siedlungsdichte sei primär ein wirtschaftlicher Konflikt, der aber auch eine religiöse Komponente habe.

Zwischen Minarettverbot und Burkadiskussion: Muslime in der

Schweiz

Rifa'at Lenzin, Islamwissenschaftlerin und Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft IRAS COTIS zeigte aus muslimischer Sicht Problemfelder für das Zusammenleben der Religionen in der Schweiz auf. Es bestehe seitens der Mehrheitsbevölkerung ein Wahrnehmungsproblem gegenüber der muslimischen Bevölkerung: Im Jahr 2010 hätten rund 400.000 Muslimen in der Schweiz gelebt. Viele Einwohner seien sich nicht bewusst, dass 31 Prozent der Muslime oder rund 100.000 Personen, Schweizer Bürger wären.

In der Schweiz bestünden laut Lenzin religiöse Probleme, wie der fehlende öffentlich-rechtliche Status und die fehlenden Bestattungsmöglichkeiten nach muslimischem Ritus. Das Minarettverbot in der Bundesverfassung verstoße gegen die Religionsfreiheit. Das 2013 im Tessin eingeführte Vermummungsverbot, das sogenannte „Burkaverbot“, fördere das Zusammenleben der verschiedenen Religionsangehörigen im Kanton nicht. Als soziale Probleme nannte sie die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz der Muslime, die zunehmenden islamophoben und anti-muslimischen Tendenzen in der Mehrheitsgesellschaft sowie die Diskriminierung von Muslimen bei der Wohnungs- und Lehrstellensuche.

Die Referate von Anne-Marie Holenstein, Yakubu Joseph und Rifa'at Lenzin stehen als Download zur freien Verfügung:
<http://www.mission-21.org/medien/medienmitteilungen/>

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!